

Wir sind Aachen – Nazis sind es nicht

Resolution des Aachener Stadtrates vom 10. Dezember 2008

Der Rat verurteilt die erneute Ankündigung einer rechtsextremen Demonstration in Aachen. Der Rat der Stadt bekräftigt seine Resolution vom 7. Mai 2008. Dort heißt es:

„Der Rat der Stadt erklärt, öffentlichen Aufmärschen und Demonstrationen demokratiefeindlicher Parteien und Organisationen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Der Rat erwartet wie bisher sowohl von Polizei und Ordnungskräften als auch von den Gerichten, in ihrem Bemühen, rechte Aufmärsche zu verhindern, alle denkbaren rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen. Von allen Organen des Staates muss die eindeutige Botschaft der Verteidigung der Werte des Grundgesetzes ausgehen.“

Der Rat der Stadt Aachen spricht sich erneut für ein zügiges Verbot der NPD und aller anderen rechtsradikalen Organisationen und Parteien aus!

Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Demonstrationsverbot des Aachener Polizeipräsidenten aufgehoben hatte, kamen bereits am 8. November rund 100 Neo-Nazis in die Stadt, um am 70. Jahrestag der Reichspogromnacht am Ort der Taten ihrer geistigen Vorfahren „gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung“ zu demonstrieren und „der deutschen Opfer zu gedenken“. An diesem Tag haben 3000 Aachenerinnen und Aachener vor der Synagoge in Reden und durch ihre Anwesenheit zum Ausdruck gebracht, dass die Menschen in Aachen diese fanatischen Anhänger des Hitlerfaschismus und seiner Massenmörder mit ihren Parolen in unserer Stadt nicht haben wollen.

Der Rat der Stadt Aachen bekräftigt die Aussage: Aachen will nichts mit Faschismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun haben.

„Wir sind Aachen. Nazis sind es nicht.“

Der Rat äußert sein Befremden über die Zulassung des Demonstrationzuges am 8. November. Die Wahl des Zeitpunktes und die inhaltliche Zielsetzung des damaligen Naziaufmarsches stellen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eine zynische „Provokation dar, die das sittliche Empfinden der Bürger erheblich beeinträchtigt.“

Der Rat hält dem Bundesverfassungsgericht entgegen, dass Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht für solche Elemente gelten kann, die die Demokratie in unserem Staat abschaffen wollen.

Rechtsradikale, die ihren politischen Gegnern in Aussicht stellen, dass sie „eines Tages auf den Marktplatz gestellt und erschossen werden“¹⁾, haben in unserer Stadt keinen Platz und müssen endlich verboten werden.

Die neuerlich angemeldete Demonstration der Neo-Nazis an Heiligabend verletzt erneut und in voller Absicht („Da habt Ihr die Bescherung“) die religiösen Gefühle und Werte vieler Menschen verschiedener Religionen in unserer Stadt. Auch diesmal wird ein Verbot der Demonstration, das der Rat der Stadt befürworten würde, juristisch nicht durchsetzbar sein.

Dennoch zielt die faschistische Gesinnung der Demonstranten auf die Grundwerte unserer Verfassung. Wir müssen bereits in den Ansätzen verhindern, dass rechtsextreme Kräfte erneut den Rechtsstaat für ihre totalitären Ziele missbrauchen.

Der Rat der Stadt beschließt die Durchführung einer Informationskampagne gegen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft. In geeigneter Weise sollen alle Aachener Haushalte über die Gefahren von Rechts aufgeklärt werden. Die Ratsvertreter selbst werden in den letzten Tagen vor Weihnachten der Bevölkerung mit Informationsmaterial an verschiedenen Plätzen in der Stadt zum Gespräch zur Verfügung stehen.

Nie wieder Faschismus!

Dr. Jürgen Linden
Oberbürgermeister

Harald Baal	Heiner Höfken	Michael Rau	Wilhelm Helg	Marc Treude
CDU-Fraktion	SPD-Fraktion	GRÜNE-Fraktion	FDP-Fraktion	Fraktion Die Linke

1) Zitat aus Quellenangaben bei wikipedia.de